

Fortsetzung von Seite 1

cher Rechtsgrundlage diese Namensänderung passiere – und inwiefern diese als moderne Ausgestaltung öffentlicher Plätze anzusehen wäre. Erst nach Wochen entlarvte sich das Projekt als temporäre Kunstaktion, die von der österreichischen Netzkultur-Plattform Public Netbase in Kooperation mit dem Kollektiv 0100101110101101.ORG realisiert wurde und eine Reaktion auf die zunehmende kommerzielle (Werbe-)Nutzung des öffentlichen Raums darstellte.

Kunst, Öffentlichkeit und Medien als Triangel kritischer Interventionen

Die Trennlinien von Kunst und Leben zu überwinden, ist diesen drei – beispielhaften – österreichischen Kunstaktionen verbindend. Der öffentliche oder auch halböffentliche Raum, die unmittelbare Ansprache von und (zumeist) kontroverse Interaktion mit der Bevölkerung sind Basis dieser aktivistischen Projekte. Mittels der Inszenierung, vielmehr Vorführung gesellschaftlicher Verhaltensweisen und Einstellungen, wird eine Bühne für öffentliche Debatten errichtet. Den Medien als Berichterstattern und Meinungsbildnern kommt ebenfalls eine zentrale Rolle zu.

Als provokativ, aggressiv, radikal, irritierend und verstörend wurden im Spätherbst 2022 auch jene Aktionen wahrgenommen, die Klimaaktivist*innen in Museen durchführten. Nicht nur in Österreich, sondern in zahlreichen europäischen Kunstinstitutionen beschütteten Mitglieder der „Letzten Generation“ Ausstellungsobjekte mit Farbe oder klebten sich an diesen fest. In Österreich war es vor allem die Aktion im Wiener Leopoldmuseum, die eine umfassenden öffentliche Debatte auslöste. Am 15. November 2022 schüttete Florian Wagner Öl auf das Kunstwerk „*Tod und Leben*“ von Gustav Klimt, sein Mitstreiter Lorenz Trattner klebte seine Hand an die Schutzscheibe.

Intention dieser Attacke sei, „dass die Politik das Ausmaß der Klimakrise anerkennt [...] und dementsprechend handelt“³, erklärte der Aktivist Wagner in einem diesbezüglichen Interview. Das Leopold Museum als Schauplatz der Aktion wurde bewusst ausgewählt, da der Ölkonzern OMV als Hauptsponsor für das Ausstellungsprogramm ausgewiesen sei. Die beiden Aktivisten begründeten den Ort dieser konkreten Intervention auch damit, dass die Vernichtung fossiler Brennstoffe und die Verflechtungen von Politik und Wirtschaft in der öffentlichen Agenda kaum thematisiert würden.

„Wir wollen keine Menschen verärgern“⁴, betonte Lukas Trattner gegenüber der Tageszeitung HEUTE. Vielmehr agiere die *Letzte Generation* aus einer gesellschaftlichen Dringlichkeit, einem Notstand, heraus: „Wir haben alle Mittel, die uns als demokratische Bürger zur Verfügung stehen, ausgeschöpft“. Mit Verweis auf bisherige Demonstrationen und das Klimavolksbegehren, die Trattners Meinung nach keine – zumindest keine ausreichenden – politischen Veränderungen zur Folge hatten, sieht der Klimaaktivist, Attacken auf Kunstgemälde als „legitimes“⁵ Mittel.

Museumdirektor Hans-Peter Wipplinger sieht in diesem Angriff auf Kunstwerke jedoch das „falsche Mittel“ und betont, dass seiner Ansicht nach Aktionen dieser Art „der falsche Weg“ seien, „um ein Umdenken in der breiten Öffentlichkeit zu erreichen“⁶. Auf der österreichischen Website der „Letzten Generation“ wird darauf Bezug genommen: „Eine Demonstration vor der OMV schafft es nicht auf die Titelseite, etwas Farbe auf einer Glasscheibe im Museum schon.“⁷ Nicht als Attacke auf die Kunst sei die Aktion zu werten, vielmehr sei die Kunst – sowohl Kunstsektor als auch Kunstobjekt – Bühne und Medium: „Wir nutzen die Kunst, damit das Ausmaß der Klimakrise auf der emotionalen Ebene erfahrbar wird durch unsere Inszenierung.“⁸

Kunst als Vehikel, gesellschaftliche Prozesse mitzugestalten

Auf die Wiener Aktionisten reagierte die Wiener Bevölkerung seinerzeit mit Entsetzen, Valie Export und Peter Weibel wurden aufgrund ihrer öffentlichen Performance kurzzeitig inhaftiert, und die Aktion am Karlsplatz hatte einen Rechtsstreit mit dem Markenkonzern zur Folge. Aus heutiger Sicht und im Abstand der Zeitgeschichte erscheinen die Auftritte von Hermann Nitsch & Co als unabdingbarer Versuch, einer Nachkriegsgesellschaft in ihrer naiven Ausblendung einen (verstörenden) Spiegel vorzuhalten. Valie Export gilt unbestritten als Kunstikone eines befreienden Feminismus. Und nicht die Stadt Wien, aber Städte wie Grenoble in Frankreich, Bergen in Norwegen oder Sao Paulo in Brasilien haben Werbeverbote in innerstädtischen öffentlichen Zonen bereits umgesetzt.⁹

Kunst hat, oder hat auch, seismografische Funktion.¹⁰ Seismografisch umfasst das Vermögen, Erschütterungen, Spannungen, Schwingungen als auch – im übertragenen Sinne – Stimmungen, Gefühle und (potenzielle) Einstellungen zu erspüren. Als zeitgenössische Kunst blickt Kunst in ihrer Gegenwärtigkeit kritisch auf einen gesellschaftlichen und/oder politischen Status Quo. Wird ein Intervenieren in diesen Status Quo als unabdingbar angesehen, ist Aktionismus die Folge. So hat etwa auch Peter Weibel die damalige Aktion mit Valie Export folgendermaßen kommentiert: „Wenn die Sprache [...] das Unrecht nicht mehr ausdrücken kann, hilft nur mehr die direkte Aktion.“¹⁰ Dass diese direkten Aktionen zum Zeitpunkt ihrer Realisierung als sogenannter „ziviler Ungehorsam“ wahrgenommen werden, ist im Kontext ihrer Gegenwärtigkeit und ihrer seismografischen, gesellschaftlichen Funktionalität zu verorten.

„Wir tragen unseren zivilen Widerstand in die Öffentlichkeit, damit wir die Gesellschaft nachhaltig auf-

rütteln, statt nach einem Tag vergessen zu werden“, ist auf der Website der *Letzen Generation* nachzulesen. Auch wenn die „Mittel“ vorerst fragwürdig erscheinen, bleibt aus Perspektive der Kunst(geschichte) abzuwarten – und aus persönlicher Sicht, eindring-

lichst zu hoffen – dass ein scheinbares Intervenieren „gegen“ als ein mutiges Agieren für die Gesellschaft (rasch) anerkannt wird. Zielgerichtetes klimapolitisches Handeln würde dann wohl endlich zur Selbstverständlichkeit werden!

Quellen:



Ass.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Siglinde Lang, M.A.; Institut für Kunst in gegenwärtigen Kontexten und Medien, Katholische Privat-Universität Linz

Respekt für Sexarbeitende

In der Ausgabe 2022/4 dieser Zeitschrift wirbt der Autor Hans Eidenberger für das „Nordische Modell“ des Verbots und der strafrechtlichen Sanktionierung des Sexkaufs.

Der Autor nimmt für sich in Anspruch, im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit zu argumentieren und patriarchale Denkmuster zu hinterfragen, die Menschenwürde zu stärken und das neoliberale Wirtschaftssystem zu bekämpfen.

Wir glauben, dass Eidenberger diesen Anspruch verfehlt. Wir widersprechen seiner Argumentation aus wenigstens drei Gründen und plädieren demgegenüber für besseren Schutz und Unterstützung von Personen, die erotische und sexuelle Dienstleistungen anbieten, sowie für eine Verbesserung der arbeits- und sozialrechtlichen Rahmenbedingungen der Sexarbeit. Wir schließen uns damit den Positionen u.a. der Berufsvertretung Sexarbeit Österreich (BSÖ), dem Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen Deutschland e.V. (BesD) und anderen Wohlfahrtsverbänden an, die wichtige advokatorische und sozialprofessionelle Dienste im Umfeld der Sexarbeit leisten.

Phänomen Sexarbeit

1. Das Phänomen Sexarbeit ist in empirisch-sozialwissenschaftlicher Betrachtungsweise unübersichtlich und verzweigt. Es reicht von zweifellos äußerst kritikwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen der Sexarbeitenden über eine große Vielfalt unterschiedlicher erotischer Angebote bis zu sexuellen Dienstleistungen für beispielsweise Menschen mit Behinderung (Sexualbegleitung/Sexualassistenz). Diese Vielgestaltigkeit wird von Eidenberger ausgeblendet, wie umge-

kehrt die Kriminalisierung des Sexkaufs als Lösung der Probleme beworben wird. Tatsächlich belegen inzwischen zahlreiche Studien negative Effekte des Sexkaufverbots des „Nordischen Modells“; vgl. z.B.: „Auswirkungen des Nordischen Modells – Studienergebnisse zur Prostitutionspolitik in Schweden und Norwegen“ (Deutscher Bundestag 2020). Insgesamt verleiht ein Sexkaufverbot nicht den Sexarbeitenden mehr Gestaltungsmacht, sondern den Kund*innen. Das Ziel einer Stärkung der Position der Personen, die sexuelle Dienste anbieten, ist anhand der Datenlage ebenso wenig nachweisbar wie das Ziel der Bekämpfung des Menschenhandels. Natürlich bestreiten wir nicht, dass auch gesetzliche Regelungen, die kein Sexkaufverbot vorsehen, wie etwa das deutsche Prostitutionsschutzgesetz, erhebliche Defizite aufweisen; eine nüchterne, sachliche, regelmäßige Evaluation der unterschiedlichen Regelungsmöglichkeiten ist selbstverständlich geboten.

Sexarbeit ist differenziert

2. Auch aus ethischer Perspektive stellt sich eine Bewertung der Sexarbeit bei weitem differenzierter dar, als es im Beitrag angedeutet wird. Aus Respekt vor der Autonomie der Sexarbeiter*innen sollte man ihnen nicht mit paternalistischem Gestus pauschal absprechen, dass sie ihr Leben selbstbestimmt führen. Im Beitrag aber wird suggeriert, dass Sexarbeiter*innen erst durch den „Ausstieg aus der Prostitution“ zu einem selbstbestimmten Leben

Dr.ⁱⁿ Katja Winkler und Dr. Christian Spieß, Katholische Universität Linz; Institut für Christliche Sozialwissenschaften Johannes Schasching SJ

finden können. Das ist – in dieser Pauschalisierung – respektlos und trägt zur Verächtlichmachung der Personen bei, die sexuelle und erotische Dienstleistungen anbieten. Zwar ist es ein Gewinn an Freiheitsspielräumen, wenn Sexarbeitende alternative Arbeitsmöglichkeiten haben. Aber wer, wenn nicht die Sexarbeiter*innen selbst, können Auskunft darüber geben, was für sie ein selbstbestimmtes Leben ist?

Respektvoller und wertschätzender Umgang

3. Viele Organisationen der Wohlfahrtspflege und der Sozialen Arbeit bemühen sich um einen respektvollen und wertschätzenden Umgang mit Sexarbeitenden. In Oberösterreich steht dafür in vorbildlicher Weise die Beratungsstelle LENA für Menschen, die in der Sexarbeit tätig sind oder waren.

Diese Arbeit lebt davon, Sexarbeitende in ihren Lebenssituationen und mit ihrem Beruf zu respektieren, sie in ihrer Lebensführung und Berufsausübung zu unterstützen. Statt einen diskriminierenden Opfermythos zu nähren, in dem Sexarbeiter*innen pauschal als traumatisierte Opfer karikiert werden, sollte man auf die Vielfalt der Lebensumstände von Sexarbeitenden hinweisen, etwa auch als Elternteile und Ehepartner. Nach wie vor bietet die Studie von Helga Amesberger (Sexarbeit in Österreich. Ein Politikfeld zwischen Pragmatismus, Moralisierung und Resistenz, Wien 2014) einen unverzichtbaren Einblick in diese Vielfalt.

Öl und Gas in der EU? Eine Folgenabschätzung

Schnell fossile Energieträger aus dem Boden holen und verbrennen? Wie wir die Gefahr eines „grünen Paradoxon“ eindämmen können.

Karl Steinger und Robert Lackner,
Wegener Center für Klima und Globalen Wandel der Universität Graz

Die im vergangenen November im ägyptischen Badeort Sharm-El-Sheik abgehaltene UN-Klimakonferenz COP27 ließ den so notwendigen großen Wurf in der weiteren Minderung von Treibhausgasemissionen vermissen. Zwar wurde die Einrichtung eines sogenannten Loss-and-Damage-Fonds beschlossen, mit dem die Länder des globalen Südens – die historisch gesehen durch sehr geringe Emissionen sehr wenig zur aktuellen Situation beigetragen haben, aber am stärksten vom Klimawandel betroffen sind – für erlittene Schäden und Verluste entschädigt werden sollen. Eine Verschärfung der Länderziele zur Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen, um so die Erderwärmung zumindest abzuschwächen, konnte jedoch nicht erreicht werden. Das 2015 in Paris vereinbarte 1,5-Grad-Ziel rückt damit in vielleicht unerreichtbarer Ferne.

Entschlossenes Handeln statt weiter abwarten

Auch wenn das vom grünen Paradoxon ausgehende Risiko nicht von der Hand zu weisen ist, gibt es eine Reihe weiterer Aspekte, die mitbedacht werden müssen. Mit dem Anstieg erneuerbarer Energien und dem zunehmenden freiwilligen Verzicht auf fossile Brennstoffe kommt es automatisch auch zu geringerer Exploration, es wird also weniger intensiv nach neuen Öl- und Gasfeldern gesucht. Dadurch sinkt die auf dem Markt verfügbare Menge an Gas und Öl. Zudem besteht die Chance, dass Öl in Zukunft vermehrt für andere Produkte Anwendung findet und daher zu wertvoll sein wird, um verbrannt zu werden. Und schließlich muss auf den dynamischen Kontext verwiesen werden: Die Angst vor dem grünen Paradoxon darf nicht dazu führen, dass die Energiewende lascher vorangetrieben wird, denn je langsamer es zu einem Ausstieg aus fossilen Energieträgern kommt, desto größer ist die Gefahr, dass uns tatsächlich ein „Rush to burn“ blüht. Denn eine Verzögerung strikter Klimapolitik wird die Ölproduzenten genau zu jenem Schritt verleiten, den es zu vermeiden gilt: Besser noch heute als morgen ihr Öl aus den Lagerstätten zu Tage zu bringen.

Wichtig wird es daher sein, diese Überlegungen in die Gestaltung von Klimapolitik einfließen zu lassen, und

Unser tägliches Brot gibt uns der Boden

Boden ist die unabdingbare Lebensgrundlage für zahlreiche Lebensformen. Aber der Boden ist viel mehr noch: Eine Nahrungsgrundlage – und das auch für uns Menschen.

Di Lisa Doppelbauer,
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Bioforschung Austria

Es stehen 2,6 Mio. Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche in Österreich im Zwiespalt zwischen Nahrungsmitteleproduktion, Verlust durch Verbauung, Boden-, Arten- und Klimawandel.

Brot

In Österreich liegt der Selbstversorgungsgrad von Getreide bei 94 %, von Fleisch bei 112 %. Unser Bedarf an Getreide kann somit knapp nicht gedeckt werden, bei Fleisch schon, wir können sogar einen Überschuss exportieren. Aber was ist denn mein „Bedarf“? Ist der Bedarf der, dass ich 27 % des Brotes wegwerfen kann? Der Bedarf, jeden Tag Fleisch zu essen, steigt auch den Bedarf an Getreide, Getreide, das weltweit knapp ist und durch Spekulationen für viele Menschen unleistbar wird. Wir heben den Getreidebedarf, da Getreide auch als Futtermittel verwendet wird. Würden wir nur so viel Fleisch konsumieren, wie allein durch Wiesenfutter produziert werden kann, wäre unser Getreidebedarf bei weitem niedriger. Weltweit steigende Bevölkerungszahlen, steigender Wohlstand und damit einhergehend ein steigender Fleischkonsum bedingen eine steigende Bodenbearbeitung. Böden müssen unter intensiver Landwirtschaft mehr leisten als sie können. Woran wir das messen können? An Humusgehalt und Bodenstruktur.

Humus

Wie stehen Lebensmittel und Humus im Zusammenhang? Humus ist das Gold der Erde. Alles abgestorbene Leben, das kleiner als 2 mm groß ist, ist Humus. Auch wir Menschen werden einmal wieder zu lebendiger Erde. Kompost, Ausscheidungen von Würmern, Bakterien und Pflanzenreste bestehen aus organischen Kohlenstoff-

verbindungen und diese sind unser wertvoller Humus. Er macht die Erde fruchtbar und kann viel Wasser und Nährstoffe speichern. Hinzu kommt die Klimaschutzfunktion: Ursprung des organischen Kohlenstoffs ist die Photosynthese. Pflanzen können das CO₂ (Kohlenstoffdioxid) der Atmosphäre in Kohlenhydrate umwandeln, die nichts anderes sind als organische Kohlenstoffverbindungen. Den Großteil davon brauchen sie für ihr Wachstum und 11 % des Kohlenstoffs aus der Photosynthese scheiden sie über die Wurzeln wieder aus. So werden Mikroorganismen angelockt, die Nährstoffe herbeibringen. Ein jahrtausendalter Tauschhandel. Aktiver Pflanzenbewuchs fördert also die Humusgehalte unserer Böden. Intensive Landwirtschaft bringt viel Bodenbearbeitung mit sich und senkt dadurch die Humusgehalte. Dabei wird viel CO₂ freigesetzt. Verdeutlichen lässt sich die Klimaschutzfunktion an dieser Tatsache: Weltweit ist drei- bis viermal mehr Kohlenstoff in Böden gespeichert, als in der Atmosphäre und den Pflanzen auf der Erde zusammen gerechnet.

Schutz

Bodenschutzmaßnahmen sind essenziell für die Erhaltung unserer Nahrungsmittel- und Lebensgrundlage. Doch nicht nur Landwirt*innen können einen Beitrag zum Bodenschutz leisten: Um den Boden im eigenen Garten fruchtbar zu halten, sollte er möglichst ganzjährig bepflanzt, oder mit Mulch bedeckt werden. Nach der Ernte können Gründüngungen gesät werden, nur so ist das Bodenleben zu fördern. Das Optimum für die Bodenfruchtbarkeit stellt jedoch Grünland dar: Durch die langjährige Bodenruhe der Wiesen können die höchsten Humusgehalte erreicht werden. Viele der Bodenschutzmaßnahmen sind für Landwirt*innen ein Mehraufwand, der sich über den Verkauf der Produkte bisher nicht amortisiert. Ein Teil davon wird über die maßnahmengebundenen Ausgleichszahlungen gedeckt. Die meisten Bäu*er*innen stehen hinter Umweltschutz, wollen unseren Lebensraum erhalten und den Boden mit gutem Gewissen an die nächsten Generationen übergeben. Das dürfen wir uns alle zu Herzen nehmen: Schützen wir unseren Boden und unsere Umwelt, indem wir regionale Biolebensmittel zu einem fairen Preis kaufen.

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - interesse
se - interesse - interesse - interesse - interesse

TERMINE

Verschörungstheorien – Menschen auf der Suche

Zum Umgang mit Verschwörungserzählungen und ihren Anhänger*innen
Di., 28. Februar 2023, 19 Uhr
Referent: *Mag. Herbert Mühringer, Weltanschauungsfragen Diözese Linz*
Nähere Informationen:
<https://www.dioezese-linz.at/institution/8045/aktuelles/article/214010.html>

Stadtspaziergang mit prominenten Linzer*innen

Im Dialog mit der Stadt Linz
Fr., 24. März 2023, 14.45 bis 16.30 Uhr
Referent: *Bischof Manfred Scheuer, Diözese Linz*
Nähere Information:
<https://www.dioezese-linz.at/urbiorbi>



Es braucht Alternativen – Gestalten wir gemeinsam eine lebenswerte Zukunft!

Auto stehen lassen & Öffis nutzen
Autofasten ist ein wirksames Mittel zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes und hilft daher, den Konsequenzen des Klimawandels entgegenzuwirken.

Die von der katholischen und evangelischen Kirche getragene Initiative vom **Aschermittwoch, 22. Februar bis Karsamstag, 8. April 2023** lädt ein, das eigene Mobilitätsverhalten zu überdenken und auf sanfte Mobilität umzusteigen.
Weitere Infos: www.autofasten.at
oder folgen Sie uns auf
www.facebook.com/Autofasten.

Europäische Union Menschenrechte an den Grenzen

Die Europäische Union steht vor neuen, vielfältigen Herausforderungen: Der Krieg in der Ukraine zwingt viele Menschen zur Flucht. Gleichzeitig warten tausende Menschen aus anderen Krisenländern an den EU-Außengrenzen auf die Chance, in einem europäischen Land, um Asyl anzusuchen oder sind auf gefährlichen Wegen in die EU eingereist. Der Umgang mit schutzsuchenden Menschen, die über das Mittelmeer oder andere Routen versuchen, in einem sicheren EU-Land Hilfe zu erhalten, steht weiter stark in der Kritik.

Wir wollen, gemeinsam mit Expert*innen, fragen und diskutieren:

- Werden Menschenrechte für Geflüchtete auf dem Altar des Populismus geopfert?
- Welche Rolle spielt die EU, welche Aussagen trifft sie, was passiert in der nationalen Politik?
- Wie ist der aktuelle Umgang mit flüchtenden Menschen in der EU und insbesondere in Österreich und wie kann dieser in Zukunft gestaltet werden?

Gesprächspartner*in:

Mathilde Schwabeneder, Radio- und TV-Journalistin,
Vorsitzende des Linzer Vereins SOS Menschenrechte
Philip Czech, Geschichte- und Rechtswissenschaftler,
Leitung des Geschäftsbereichs Forschung & Publikationen Österreichischen Institut für Menschenrechte

Ort: Bildungszentrum Maximilianhaus, Gmundner Str. 1b, Attnang

Termin: Mittwoch, 1. März 2023, 19.00 bis 21.00 Uhr

Anmeldung bis 24. Februar erbeten: maximilianhaus@dioezese-linz.at
oder ☎ (07674) 66 550

Eintritt: Freiwillige Spenden für Volkshilfe IBB Vöcklabruck.

Kooperationsveranstaltung mit:

Diözese Linz, Soziales & Caritas, Bereich 3, Fachbereich Gesellschaft und Soziales, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz



Impressum: Inhaberin Diözese Linz (Alleininhaberin)
Herausgeberin und Verlegerin: Mag.ª Lucia Göbesberger, Fachbereich Gesellschaft und Soziales,
Diözese Linz, Soziales & Caritas, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, ☎ (0732) 76 10 – 32 51
E-Mail: gesellschaft_soziales@dioezese-linz.at, www.dioezese-linz.at/soziales
Hersteller: Druckerei Haider Manuel e.U., 4274 Schönau i.M., Niederdorf 15
Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau, Erscheinungsort Linz
Österreichische Post AG - MZ02Z031665M – Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz
Die Inhalte müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Katholische Kirche
in Oberösterreich

